

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.



Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den nächsten Tag. Preis: 10 Pf. pro Woche. Einjahrespreis: 5,50 Mk. bei Vorabzahlung. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Regelgebühr: die regelmäßige Kassa für 20 Gekopierte, die 4 gefalteten Teile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Gekopierte, die 2 gefalteten Teile der amtlichen Bekanntmachungen 20 Gekopierte. Nachzahlung: 10 Pf. pro Woche. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Nr. 56. 86. Jahrgang. Teleg.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Dienstag, den 8. März 1927

## Genfer Duvertüre.

Zur Eröffnung der jetzigen Ratstagung. Gewiß ist es nicht eine überwältigende Tatsache, daß auf der soeben begonnenen Völkervereinigung in Genf der deutsche Vertreter die Verhandlungen leitet. Aber man soll dafür auch dankbar sein, besonders da die einzigen Fragen von Wichtigkeit, die auf dieser Tagung verhandelt werden, gerade solche sind, die deutsche Interessen betreffen.

Wir denken ungern zurück an die Zeit vor einem Jahr, als die erste deutsche Delegation in Genf erschien, vor der Tür des Völkervereinigungsaales stehenbleiben mußte, nicht hineingelassen wurde, weil man sich drinnen nicht einigen konnte. Es ist inzwischen anders geworden, hat sich zum Besseren gewendet, und es ist recht erfreulich, daß selbst die wildesten französischen Chauvinisten nicht dagegen protestierten, daß Deutschland sein Recht auf die Leitung der Verhandlung geltend machte. Und das zweite Erfreuliche ist, daß auch der englische und der französische Außenminister nach Genf gereist sind; hatten doch gewisse Kreise, namentlich in Frankreich, es für notwendig gehalten, daß die Reise von Genf fernbleibe, weil die Tagesordnung der Sitzung viel zu unerhebliche Dinge aufweise, als daß die Reise lohne. Diejenige faulen Träumen hat man aber weder in Paris noch in London nachgegeben; es wäre auch in Deutschland sicherlich mit Beklammern aufgenommen worden, wenn von Briand und Chamberlain die erste Sitzung des Völkervereinigungsaals, auf der ein Deutscher den Vorsitz hat, sozusagen geschnitten worden wäre.

Dr. Stresemann hat es einmal mit Recht darauf hingewiesen, daß weder die Tagung des Völkervereinigungsaals noch des Völkervereinigungsaals selbst ihm in Genf als das Wesentliche erschienen, viel wichtiger sei die ständige enge Zusammenarbeit namentlich mit den englischen und den französischen Kollegen, mit Briand also und mit Chamberlain. Da steht viel Wahres drin, denn die öffentlichen Sitzungen sind doch im wesentlichen nur Vorstellungen, bei denen die vorhergehende Absprache von allergrößter Bedeutung ist, damit das Spiel ohne wesentliche Hemmnisse vor sich geht. So liegen daher die eigentlichen Verhandlungen auch über jene Punkte, die auf der Tagesordnung stehen, gleichfalls hinter den Kulissen und man versucht sich dort zu einigen, ehe in der offiziellen Sitzung die Einigung in verbindlichen Reden zum Ausdruck kommt. Und das gilt für alle diese Dinge, gleichgültig, ob das die Frage der Danziger Finanzen ist oder die der deutschen Minderheitsschulen in Ostpreußen, die Saarfrage oder was sonst noch Gegenstand der Verhandlungen ist. Das hat natürlich auch seine Bedenken, weil das Resultat dabei immer ein Kompromiß ist, mit dem wir Deutschen nicht immer sehr zufrieden sind. Nichtverhandlungen, wie sie namentlich in letzter Zeit über das, was s. B. in Thoiry abgeprochen wurde, aufstiegen, sind dann sehr leicht möglich.

Für Dr. Stresemanns Stellung kommt ferner in Betracht, daß durch diese seine persönlichen Beziehungen zu Briand und Chamberlain das Amt des deutschen Außenministers eine außerordentliche Stärkung erfährt. Alles, was mit dem Völkervereinigungsaal zusammenhängt, wird dadurch nämlich immer mehr zur Domäne des kleinen Kreises, der sich von Amts wegen mit diesen Dingen zu beschäftigen hat. Hier liegt nicht zuletzt der Grund dafür, daß Dr. Stresemann seit 1924 bei jeder Regierungsstürze und in den so verschiedenartig gestalteten deutschen Kabinetten immer wieder mit größter Selbstverständlichkeit als deutscher Außenminister genannt wurde. Enger denn je sind die Fäden der deutschen Außenpolitik in einer Hand vereinigt. Gerade bei den weitpolitischen Verhandlungen des Augenblicks, die auch in Genf sehr natürlich die Hauptrolle spielen, bedeutet das zweifellos für uns Deutsche einen Vorteil. Da ist die Frage der Rheinlandräumung, die leider ohne jene weitpolitischen Zusammenhänge nicht zu behandeln ist, weil wir England hierfür durchaus nicht unbedingt auf unserer Seite haben. Nicht etwa, weil England auf die längere Befestigung der Rheinlande ein übermäßiges Gewicht legt, sondern weil dieses Land im Osten Europas und in Asien so viele Schwierigkeiten hat, daß es unbedingt vermeiden muß, in unserem Sinne etwa einen Druck auf Frankreich auszuüben. Daß gerade der englisch-russische Konflikt eine sehr wesentliche Rolle in Genf spielen wird, ist ganz zweifellos.

So ist Genf praktisch zum Mittelpunkt der weitpolitischen Auseinandersetzungen geworden, weniger aus tatsächlichen Verhältnissen heraus, sondern, weil sich dort jene Persönlichkeiten zu treffen pflegen, die die Fäden des Weltgeschehens mehr oder weniger in der Hand haben. Nicht, was nach außen hin geschieht, ist dabei das Interessante; interessanter wäre zweifellos, zu erfahren, was in den Besprechungen der Großmächtsvertreter unter sich behandelt wird, — doch leider hört man darüber fürs erste so gut wie gar nichts.

Dr. Dr.

## Ratstagung unter deutschem Vorsitz.

### Eröffnung der 44. Ratstagung in Genf

Rheinlandräumung und Ostfragen. Die Ratstagung hat am Montag mit einer nichtöffentlichen Sitzung unter dem Vorsitz von Reichsminister Dr. Stresemann begonnen, bei der die Verhandlungen in deutscher Sprache leitet. Seine Ausführungen werden sofort ins Englische und ins Französische übersetzt. Vor Beginn der Sitzung machte Reichsminister Dr. Stresemann dem Generalsekretär Sir Eric Drummond einen Besuch, um mit ihm die Formalitäten der Vorsitzführung zu besprechen. Nach kurzer geheimer Sitzung wurde die erste Sitzung der neuen Ratstagung für öffentlich erklärt.

Das Bild des Rates war bei der Eröffnung der öffentlichen Sitzung das übliche, vielleicht unter etwas stärkerer Befestigung der Diplomatenplage. Dr. Stresemann als Vorsitzender am Kopfe des hufeisenförmigen Tisches hat den deutschen Dolmetscher neben sich, zu seiner Linken sitzen der Generalsekretär Sir Eric Drummond, dann Chamberlain, Ibbot und Vandervelde, zu seiner Rechten Briand, Scialoja, das holländische Kommissar in Danzig auf den Etat des Völkervereinigungsaals, dann Jaleff, Benech und andere.

Als erster Punkt wird in öffentlicher Sitzung die Übernahme des Gehalts des Völkervereinigungsaals in Danzig auf den Etat des Völkervereinigungsaals behandelt und abgelehnt, nachdem Dr. Stresemann den Danziger Senatspräsidenten Sabm und den Völkervereinigungsaal von Genf an den Ratstag gebeten und der letztere in einigen Worten die Begründung seines Gesuchs wiederholt hatte. Der nächste Punkt der Tagesordnung, Transit und Lagerung von Kriegsmaterial für Polen auf dem Danziger Gebiet, wird ohne Debatte dem zuständigen beratenden Ausschuss überwiesen. Der folgende Punkt betrifft den Bericht des neuen holländischen Delegierten von Troesevius über verschiedene Handelsfragen, darunter Petitionen aus Syrien, dem Libanon und Südwestafrika. Der vorliegende Bericht wurde debattiert zur Kenntnis genommen. In dem folgenden Bericht Ibbots über die Tätigkeit der Hygiene-Kommission ist eines bevorstehenden deutsch-indischen Austauschs von Sanitätspersonal ausführlicher und mit besonderer Befriedigung gedacht. Chamberlain äußerte dabei den Wunsch, daß im Hygieneauschuss Frauen, die für derartige Aufgaben in besonders qualifiziert seien, zugezogen würden. Der Bericht wird mit dieser Anregung angenommen.

Eine Zwischenbemerkung Scialojas zur Geschäftsordnung gab

Anlaß zu einiger Heiterkeit.

Der italienische Delegierte beantragte den frühen Beginn und das entsprechende Ende der Sitzungen und wünschte deren Verkürzung. Dr. Stresemann antwortete in launiger Form, er hoffe, daß durch eine Auseinandersetzung über diese Frage die Einigkeit des Rates nicht gefährdet werde. Es handelte sich um eine Geschäftsfrage, da man morgens früher und nachmittags ausgeruhter sei. Er schloß vor, sich über diese Frage unter

Aufrechterhaltung der einmaligen täglichen Sitzungen privatim zu verständigen. Diese Bemerkung, ebenso wie die vorangegangenen Ausführungen Dr. Stresemanns zur Tagesordnung wurden in deutscher Sprache gemacht und, wie man aus dem allgemeinen Gelächter entnehmen konnte, gut verstanden. Die Titel der einzelnen Tagesordnungspunkte verlas der Minister jeweils in englischer Sprache. Als letzter Punkt der Tagesordnung erschien ein Bericht zur Frage des Verfahrens bei der Abstimmung über die Wahl nichtständiger Ratsmitglieder. Antragsgemäß wurde beschlossen, diese und andere hierauf bezügliche Schriftstücke den einzelnen Ratsmitgliedern zuzuleiten.

### Geheime Ministerbesprechungen.

Von größerer Wichtigkeit, als es bisher die offiziellen Verhandlungen des Völkervereinigungsaals waren, ist die Aussprache gewesen, die Reichsaussenminister Dr. Stresemann bereits mit Briand und Chamberlain gehabt hat. Nach Genf Meldungen hat sich diese Aussprache auf Fragen bezogen, die einmal direkt zwischen Deutschland und den Locarnomächten bestehen und die zweitens mit den politischen Vorgängen, also mit den Olympischen, im engeren und weiteren Sinne zusammenhängen.

Die spezifischen Fragen der Rheinlandräumung dürften bei den Genfer Ministerbesprechungen nach Genf Meldungen nicht bis zu einem positiven Ergebnis fortgeführt werden können. Das Recht Deutschlands, auf Grund von Artikel 431 die Räumung des besetzten Gebietes vor Ablauf der Befestigungsfrist zu beanspruchen, ist wohl von keiner Seite mehr bestritten. Die deutsche Politik muß sich vorbereiten, den Zeitpunkt zu wählen, an dem Deutschland die Anwendung dieses Artikels formell verlangen wird, nachdem inzwischen die Kontrollfrage erledigt und die letzte Abrüstungsforderung erfüllt ist. Die Behauptung, daß die Bildung der neuen Regierung Schwierigkeiten für die Fortführung der Thoirybesprechungen herbeigerufen habe, ist unrichtig. Die Ursache für das unerkennbare Stocken in den Verhandlungsbemühungen lag vielmehr in der starken Reaktion der französischen öffentlichen Meinung auf die Vereinbarungen während der Dezemberberatung des Völkervereinigungsaals in bezug auf die Aufhebung der Militärkontrolle, also in einem Ereignis, das sich während des Bestehens der alten Reichsregierung vollzog.

In einer Habasmeldung aus Genf wird weiter betont, daß sowohl Dr. Stresemann wie Briand nach wie vor die Wiederannäherungspolitik zwischen Deutschland und Frankreich betreiben wollen. In französischen Kreisen in Genf ist der Eindruck vorherrschend, daß demnächst auf alle Fälle, aber nicht in Genf Verhandlungen über die Rheinlandräumung stattfinden würden. Im übrigen wurde auch laut Habas zwischen Briand und Stresemann über die deutsch-polnischen Beziehungen gesprochen. Briand hat nach den Unterredungen mit Stresemann und Jaleff den Eindruck gewonnen, daß eine gerechte Lösung der Schwierigkeiten dieser Frage vielleicht mit wohlwollender Hilfe Frankreichs und Großbritanniens und unter den Auspizien des Völkervereinigungsaals gefunden werden kann.

## Riefenzahlen der Reichspost.

Die Entwicklung des Postverkehrs in Deutschland.

Im Haushaltungsansatz des Reichstages gab der neue Reichspostminister Dr. Schädel eine Darstellung der augenblicklichen Verkehrs- und Wirtschaftslage bei der Deutschen Reichspost. Der Minister erklärte u. a., daß sich die Lage der Reichspost entsprechend der allgemeinen Wirtschaftslage in letzter Zeit gebessert habe. Im Januar 1927 sind bei allen Postanstalten insgesamt

an einem Jahrestag 67,2 Millionen gewöhnliche Briefsendungen im Ein- und Abgang festgestellt worden. Einen ähnlichen Verlauf nahmen der Paketverkehr und der Geldverkehr. Der Briefverkehr hat sich im Jahre 1926 um 17% gehoben. Gegenwärtig betreibt die Deutsche Reichspost mit rund 7000 Kraftfahrzeugen

etwa 1500 Kraftfahrern mit einer Betriebslänge von rund 28 000 Kilometern, was eine Zunahme im Jahre 1926 um 16 bis 17% bedeutet. Die Reichspost wird sich besonders der Erschließung abseits der Schienenbahnen gelegener Gebiete namentlich in den bedrängten Grenzgebieten und ferner der Beförderung von Arbeitern weiter annehmen. Im Jahre 1926 sind rund 197 000 Kilogramm Postsendungen einhundertfünfzig Zeitungen

auf den deutschen Luftpostlinien

befördert worden, was gegen 1925 eine Zunahme um insgesamt 22,4% bedeutet. Der Luftpostverkehr hat für sich um 105% zugenommen. In letzter Zeit wurde zum ersten Male der Versuch eines Winterluftpostverkehrs in größerem Umfang unter Benutzung von 20 Linien gemacht. Der Versuch wirkte als Anleitung bezeichnet werden können. Mitte April wird der Sommerverkehr auf etwa 80 Linien eröffnet werden. Im Luftpostverkehr ist es erfreulicherweise gelungen, die Verkehrsbeziehungen mit anderen Ländern nahezu auf den Vorjahresstand zu bringen. Für Verkehrsverbesserungen und -verbesserungen wird alles nur Mögliche getan

werden müssen. Zur Erweiterung und Verbilligung der Briefzustellung würde es von besonderer Bedeutung sein, wenn auch die deutsche Bevölkerung, nach dem Vorbild anderer Staaten, der Ausbringung von Hausbriefkästen mehr Interesse entgegenbringen würde. Sehr interessante Erklärungen gab der Minister über

die Anordnung im Fernsprechwesen

ab: Im letzten Jahre seien 221 Selbstanschlußämter in Betrieb genommen worden. Besondere Fürsorge werde der Verbesserung der Fernsprecherhältnisse in den Kleinstädten und auf dem flachen Lande gewidmet. Die Fernsprecherwartungen zu 15 Pfennig kommen durch die Einführung der ermäßigten Gesprächsgebühr vom 1. Mai ab in Fortfall. Künstlich können für die öffentlichen Fernsprechellen die gewöhnlichen 10-Pfennig-Stücke benutzt werden. Der Telegraphenverkehr, so erklärte der Minister, im Inlandsverkehr durch den Fernsprecher immer mehr zurückgedrängt. Der Telegrammverkehr erfahre jetzt schon einen Rückgang von jährlich 40 Millionen Mark. Dagegen hat sich der Auslands-telegrammverkehr erheblich gehoben.

In letzter Zeit werden in Deutschland von zehn Rundfunkgesellschaften im ganzen

22 Rundfunksender

betrieben. Wegen Errichtung eines weiteren Senders im Rheinland schweben Verhandlungen. Ferner ist der Bau eines Rundfunksenders in der Pfalz bei Kaiserslautern in die Wege geleitet. Von den vorzulegenden Bildfunk-Systemen scheint das deutsche System das bei weitem leistungsfähigste zu sein.

Das Gesamtpersonal

beträgt 261 630 Köpfe. Die Zahl der Hilfskräfte wird voraussichtlich Ende März 1927 23 600 betragen. Die Zahl der höheren Beamten nimmt fortwährend ab. Nach der Entwicklung der letzten Monate kann damit gerechnet werden, daß die Rechnung für 1926 kein Defizit ergeben wird, daß mithin die Rücklage nicht angegriffen zu werden braucht. Die für 1926 zur Kostenerstattung an das Reich vorzulegenden 70 Mil-